

Haushaltseinbringung 2008

Anrede

nach drei schwierigen Jahren 2002 bis 2004, einem im Vollzug hervorragenden Haushalt 2006 mit einem positiven Jahresergebnis im Ergebnisplan in Höhe von 14 Mio. € und einer Senkung der Verschuldung Ende 2006 um 8 Mio. € (ohne Eigenbetriebe) und einem im erwarteten Rahmen laufenden Haushalt 2007 ist der Haushaltsentwurf 2008 ausgeglichen im Verständnis einer Haushaltsgenehmigungsfähigkeit. Er schließt im Ergebnisplan mit einem Defizit von 20 Mio. €, das durch eine Rücklagenentnahme gedeckt werden kann, und im Finanzplan mit einem Defizit von 7,6 Mio. €. Der Haushalt 2008 ist mit deutlichen Risiken behaftet, weil durch die Unternehmenssteuerreform zwar feststeht, dass die Gewerbesteuermesszahl um 30% gesenkt wird, jedoch die Ausgleichsmechanismen in ihrer Wirkung durchaus mit Fragezeichen zu sehen sind. Gleichwohl sollte, was die mittelfristige Finanzplanung angeht, das Ziel eines Haushalts ohne Nettoneuverschuldung im Jahre 2010 nunmehr ergänzt werden durch einen Einstieg in den Abbau der immensen Gesamtverschuldung. Ich schlage als Selbstverpflichtung der Stadt vor, dass in den Jahren 2011 bis 2015 jährlich die Gesamtverschuldung (ohne Eigenbetriebe) um 25 Mio. € abgebaut wird. Das diesjährige Haushaltsmotto sollte daher lauten:

Den Einstieg in den Verschuldungsabbau wagen

Von Wagnis spreche ich deshalb, weil nur durch klare und eindeutige Beibehaltung der Beschränkungen auf der Ausgabeseite ein solcher Weg beschritten werden kann. Verzicht bleibt das vorherrschende Thema. Maßhalten muss gegenüber einer Revision aller erreichten Sparziele die Oberhand behalten.

Die Verschuldung hat sich seit 1990 dramatisch erhöht. Ende 1990 beliefen sich die Gesamtschulden noch auf 567 Mio. €, da hatten wir in DM die Schallmauer von 1 Mrd. erreicht. Bis zum Ende dieser Wahlperiode Ende 1995 waren die Schulden schon auf 864 € gesprungen. Die Verschuldungsexplosion hat also schon damals eingesetzt.

In der Periode 1996 bis 2002 haben wir weitere Schulden angehäuft: Sie stiegen dabei im Kernhaushalt (Ende 2001 864 Mio. €) nicht, aber das Kanalsanierungsprogramm führte beim Stadtentwässerungsbetrieb zu einem Schuldenberg von 297 Mio. €. Die Gesamtverschuldung einschließlich aller Eigenbetriebe stieg also auf 1,196 Mrd. € (+ 332 Mio. €).

Bedingt durch die bundespolitische Steuergesetzgebung haben wir die Verschuldung in dieser Wahlperiode nochmals kräftig gesteigert. Bis Ende 2005 stieg die Gesamtverschuldung auf 1,473 Mrd. € (+ 277 Mio. €). Obwohl die Verschuldung optisch bei den Eigenbetrieben gewachsen ist, liegt die Ursache im Gewerbesteuerausfall des Kernhaushalts, der durch Ablösung der Trägerdarlehen genehmigungsfähig gehalten wurde. Wirtschaftlich betrachtet ist es im Jahr 2006 zu keinem weiteren Anstieg der Verschuldung gekommen, der Ausweis der Verschuldungserhöhung auf 1,609 Mrd. € resultiert ausschließlich aus der Wiedereingliederung der Müllverbrennungsanlage von der städtischen Tochter TAN GmbH auf den Eigenbetrieb ASN. Im Kernhaushalt sank die Verschuldung auf 939 Mio. €.

Natürlich wird gegen den Primat des Verschuldungsabbaus eingewandt werden, wir hätten viele wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben, wie Verbesserungen im Schulwesen, Schaffung neuer Krippenplätze, Erhalt der Bausubstanz, Einrichtung neuer Kulturstätten usw.. Gleichwohl meine ich, dass wir den Schwung der Bundes- und Landespolitik nutzen sollten, auch in Nürnberg endgültig den Verschuldungsabbau anzugehen.

Dass diese finanzpolitische Weichenstellung richtig ist, brauche ich wohl nicht an der Aussage des Bayer. Ministerpräsidenten Stoiber festzumachen. Er hat bewiesen, dass ein Haushalt ohne Neuverschuldung möglich ist und eine finanzpolitische Sanierung als sein politisches Vermächtnis bezeichnet.

Aber ich will eine Reihe von Äußerungen zitieren, die aus einer anderen politischen Zugehörigkeit stammen: Hans Eichel hat in seiner „Außenansicht“ in der SZ vom 26.02.2007 betont, dass die Zeit reif sei, jetzt „die Schulden endlich verringern“ zu können. „Seine“ noch amtierende Staatssekretärin Barbara Hendricks hat im Han-

delsblatt vom 08.03.2007 gefordert: „Wir müssen raus aus der Schuldenspirale“. In seinem Interview zur Föderalismusreform in der SZ vom 7. März 2007 forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck ein „Ende der Schuldenpolitik“.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand in Deutschland so nicht weitergehen kann und die Regierung aufgefordert, schärfere Maßnahmen gegen die Möglichkeit einer Neuverschuldung zu ergreifen. Die Gegner einer Verschärfung sind allerdings schon bei der Mobilmachung unter dem Motto: Ein Schuldenverbot würde keinen Sinn machen, weil es in Rezessionen die Krise verschärfen und Investitionen verhindern würde. Dieses Argument ist unwahrhaftig, weil es einfach ausblendet, dass in der Geschichte der Bundesrepublik nach Auflösung des Juliusturmes keine noch so gute Konjunktur dazu geführt hat, neue Schulden zu vermeiden und alte abzubauen. Im Gegenteil, bei guter Konjunktur wurden weitere Subventionsmilliarden neu erfunden. Da Sparsamkeit nicht en vogue ist, kann es nicht um wachswenige Grenzregelungen, sondern nur um glasklare, eindeutige Verbote gehen.

Dass man nicht immer nur neue Schulden machen muss, zeigt der Rechnungsabschluss für 2006. Dort haben wir einen positiven Abschluss im Ergebnisplan in Höhe von 14 Mio. €, aber auch nur, meine Damen und Herren, weil wir 100 Mio. € Gewerbesteuer mehr eingenommen haben als geplant! Dieses Spannungsverhältnis zeigt, dass die strukturellen Defizite im Nürnberger Haushalt nach wie vor vorhanden sind. Wer sich wegen des positiven Rechnungsabschlusses zurücklehnen will, irrt. Im doppelten Haushalt müssen wir, wenn wir unsere Selbstverpflichtung zum Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahr 2010 ernst nehmen, einen positiven Ergebnisabschluss in der Größenordnung von ca. 50 Mio. € erreichen, sonst können die Investitionen ohne Nettoneuverschuldung nicht finanziert werden.

Auf der Bilanzseite haben wir trotz dieser erheblichen Mehreinnahmen die langfristige Verschuldung nur um 8 Mio. € abgebaut. Und dies obendrein auch nur deshalb, weil wir bei der Abarbeitung unserer Investitionsmaßnahmen in einem erheblichen Zeitverzug sind, wie die Haushaltsreste von rund 100 Mio. € belegen. Da die Haushaltsausgaberrückstellungen überwiegend über Kreditaufnahme zu finanzieren sind, steht hier

bereits eine künftige Neuverschuldungsbelastung von nahe an die 100 Mio. € im Raum, womit die Milliardengrenze im Kernhaushalt dann endgültig gebrochen wäre.

Im Vollzug des Haushalts 2007 ist festzustellen, dass die Einnahmeziele aufgrund der nach wie vor zufriedenstellenden Gewerbesteuerlage erreicht werden. Im August 2007 haben wir die Gewerbesteuer in Höhe von 336 Mio. € bei einer Planzahl von 350 Mio. € zu erwarten. Damit kann auch für 2007 aller Voraussicht nach ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet werden. Ein ausgeglichenes Ergebnis ist von hoher Bedeutung. Zwar wird heute in der Bankenlandschaft feste beteuert, dass ein Rating für Kommunen nicht in Betracht kommt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie sich nicht täuschen, mit einem kaufmännischen Haushalt sind auch die kommunalen Haushalte gläsern geworden und die Ratingagenturen suchen intensiv nach Terminen, um einem das Rating schmackhaft zu machen. Da wir in Nürnberg den richtigen Weg gegangen sind, in unserer Bilanz Vorsorge zu treffen und deshalb das Eigenkapital in der Eröffnungsbilanz niedrig auszuweisen, ist es um so wichtiger, dass wir einen stetigen, soliden Zuwachs des Eigenkapitals durch positive Rechnungsabschlüsse erwirtschaften, um die gesunde Grundstruktur der Haushaltsfinanzierungen nachzuweisen. An dieser Stelle dürfen wir nicht nachlässig sein, da wir ansonsten mit deutlich höheren Zinsmargen als heute rechnen müssten, was sofort in zweistelligen Millionenhöhen im Haushalt abzubilden wäre.

Lassen Sie mich zu den konkreten Auswirkungen auf den Nürnberger Haushalt 2008 kommen:

Im Haushalt ist die Gewerbesteuer mit 380 Mio. € angesetzt. Dabei muss bedacht werden, dass die Gewerbesteuermeßzahl um 30% ab 1.1.2008 gesenkt wird, aber die Ausgleichsmaßnahmen in ihrer Belastbarkeit nicht feststehen. Für den Vollzug des Haushaltes 2008 wird man daher sehr genau beobachten müssen, ob und in welchem Umfang Risiken auftreten werden. Zwar ist beim Paket der Unternehmenssteuerreform für die Kommunen „nur“ ein Ausfall von 2 Mrd. € prognostiziert, jedoch lassen sich die innerhalb der kommunalen Familie durchaus unterschiedlichen Auswirkungen nur schwerlich einschätzen. Dass dabei auch die besondere Anfälligkeit der Gewerbesteuer für zyklische Ausschläge noch nicht berücksichtigt ist, brauche ich nicht besonders hervorzuheben.

Der Anteil an der Einkommensteuer steigt im Vergleich zum Plan 2007 um 7,5 Mio. € auf 168.651.000 €. Aufgrund der guten Konjunkturlage und der Veränderungen bei der Gewerbesteuer darf dieser Mehrertrag bei der Einkommensteuer zuverlässig erwartet werden.

Aufgrund des erheblichen Zuwachses an Gewerbesteuer dürften sich die Schlüsselzuweisungen rückläufig entwickeln. Ob die Absenkung des Ansatzes auf 95 Mio. € schon ausreicht oder noch weiter abgesenkt werden muss, kann erst nach Vorlage der entsprechenden Kennzahlen durch das Statistische Landesamt endgültig beurteilt werden. Die Zuweisungen vom Land erhöhen sich aufgrund der Einführung des BayKiBiG zum 1.9.2006 um 16 Mio. € gegenüber dem Rechnungsergebnis 2006.

Die Personalkosten steigen auf der Ausgabenseite im Jahr 2008 kräftig an. Dies hat mehrere Ursachen: Zum einen müssen wir aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens die Pensionsrückstellungen um 20 Mio. € höher ausstatten. Daneben gibt es für den Bereich der Beamten nach vielen Nullrunden wieder einmal eine Tarifierhöhung von rund 3%. Besorgniserregend ist aber die Tendenz, dass die Stellenschaffungen wieder deutlich zunehmen. Haben wir letztes Jahr bereits rund 140 Stellen neu geschaffen wegen der Einrichtung der neuen Rettungsleitstelle sowie der Umstellung im BayKiBiG, kommen dieses Jahr erneut rund 120 Stellen hinzu. Dies zum einen erneut wegen des BayKiBiG, zum anderen aber auch, um die sozialpädagogische Betreuung an den Nürnberger Schulen auszubauen. Stellenschaffungsbedarf gibt es jedoch auch im Bereich der Feuerwehr, da aufgrund der europäischen Rechtsprechung Änderungen bei der Arbeitszeit umzusetzen waren. Neue Einrichtungen wie die Fränkische Galerie, KukuQ oder der Südpunkt fordern natürlich auch entsprechenden Personalbedarf.

Die Sozialaufwendungen haben eine Seitwärtsbewegung eingenommen. Sowohl die Grundsicherungskosten (stabil bei 38,6 Mio. €) als auch die Leistungen für Unterkunft und Heizung erhöhen sich nur leicht um 2,3 Mio. € auf 116,4 Mio. €. Trotz der guten Konjunktur und dem entsprechenden Arbeitslosenabbau auf dem ersten Arbeitsmarkt verharren die Bezieherzahlen von Hartz IV, entgegen der Hoffnung der Kom-

munen, auf dem hohen Vorjahresniveau. Eine Entlastung ist also in diesem Bereich, trotz des hohen Budgetanteils, noch nicht in Sicht.

Die Budgets der einzelnen Dienststellen wurden grundsätzlich ohne Erhöhungen geplant. Die Budgets der einzelnen Dienststellen tragen damit zur Stabilisierung des Ausgabenanstiegs bei.

Auf der Ausgabenseite ist auch der Wiederanstieg des Verlustausgleichs zu den Städtischen Werken um 13,5 Mio. € zu bedenken. Ein Risiko, das uns noch bedrängt, ist die Fragestellung, ob der steuerliche Querverbund durch die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs in Frage gestellt wird. Eine andere kritische Stoßrichtung ist aber auch die Europäische Kommission. Auch hier wird jegliche Art von Unterstützung kritisch gesehen, so dass auch aus diesem Betrachtungswinkel Risiken keinesfalls ausgeschlossen werden können.

Die Investitionen sinken zwar in 2008 gegenüber 2007 von 136 Mio. € auf 132 Mio. €, steigen jedoch in den Folgejahren erheblich an. Dies wird den örtlichen Bauunternehmen sicherlich gut tun. Die Finanzierungsseite ist im Vergleich allerdings dramatisch. So verschiebt sich der Anteil der Drittfinanzierung zu den Eigenmitteln zu Lasten der Stadt. Während die Drittmittel von 43,8 Mio. € auf 28,7 Mio. € sinken, steigt der städtische und damit zu finanzierende Anteil von 92,7 Mio. € auf 103,4 Mio. €.

Ohne die Eigenbetriebe sind die wesentlichen Investitionen im MIP Folgende: Im Geschäftsbereich des 2. Bürgermeisters mit 16,6 Mio. € liegt der Schwerpunkt beim Tiergarten, hier insbesondere der Bau der Lagune. Beim Schulreferat wird zwar „nur“ ein Betrag von 16,4 Mio. € verbaut, dabei wird jedoch nicht deutlich, dass über das PPP-Projekt Schulen weitere Gesamtinvestitionen von über 43 Mio. € im Jahr 2008 begonnen werden. Das ist dabei nur der Investitionsteil. Für den Betrieb muss bei Vertragsabschluss nochmals mit der gleichen Größenordnung gerechnet werden. Über den gesamten MIP-Zeitraum werden dem Geschäftsbereich V Investitionsmittel von rd. 49 Mio. € für eigene neue Kindertagesstätteneinrichtungen bzw. zur Förderung von Einrichtungen freier Träger zur Verfügung gestellt. Die Ausgaben des Baureferates nehmen gegenüber dem Vorjahr mit 33,9 Mio. € um rd. 5 Mio. € zu. Die

Investitionen für den Geschäftsbereich Wirtschaft steigen um 2,2 Mio. € auf 8,8 Mio. €. Hier wirkt sich aus, dass die Stadt Nürnberg als Hafenstadt für den steigenden Touristenstrom eine verbesserte Anbindung des Hafens durchführt. Eine kräftige Steigerung der Investitionen von 13 Mio. € auf 25 Mio. € liegt im Kulturreferat vor. Die wesentlichen Schwerpunkte hierbei sind die Restfinanzierung des Südpunkts mit 6,7 Mio. €, der Umbau des Luitpoldhauses mit 5,4 Mio. €, die Generalsanierung des Schauspielhauses mit 7,8 Mio. € sowie die Fränkische Galerie mit 4 Mio. €. Damit liegt ein stolzes Investitionsprogramm auf dem Tisch des Hauses, das zu spürbaren Verbesserungen der Infrastruktur der Stadt Nürnberg führt.

Die endgültige Finanzplanung wird Ihnen demnächst nachgereicht. Es lässt sich aber heute schon sagen, dass bis zu einem Haushalt ohne Nettoneuverschuldung noch ein kräftiges Sparprogramm bzw. alternativ Einnahmeerhöhungen erforderlich sind. Dazu ist meiner Meinung nach externe Hilfe erforderlich, wie sich aus den Erfahrungen der letzten Sparrunden gezeigt hat. Für eine dauerhafte Investitionstätigkeit ohne Nettoneuverschuldung muss der Ergebnishaushalt einen positiven Saldo in der Größenordnung von 50 Mio. € ausweisen. Davon sind wir 2008 mit einem negativen Ergebnis von 20 Mio. € weit entfernt. Bezogen auf die Finanzplanzahlen müssen nicht nur das Delta zwischen Kreditaufnahme und Tilgung in Höhe von 32 Mio. €, sondern auch der Liquiditätsverzehr aus der Substanz in Höhe von rund 7,6 Mio. € geschlossen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss nochmals zum Anfang meiner Ausgangsüberlegungen zurückkommen. „Der Finanzminister“, so schreibt Andreas Hoffmann in der Süddeutschen Zeitung vom 24.02.2007, „ist meist ein bedauernswertes Geschöpf. Stets muss er Nein sagen, wenn seine Regierungskollegen ein JA einfordern. Der einfache Minister denkt an seine politischen Träume, die er realisieren will. Der Finanzminister denkt ans Geld, und weil das oft fehlt, muss er viele Träume beerdigen. Das sorgt für Ärger, weswegen Finanzminister unbeliebt sind ... Der Geldsegen animiert seine Kollegen wieder zum Träumen, also Geldausgeben ... Nur daran, die Schulden abzubauen, denkt kaum einer, obwohl Bund, Länder und Gemeinden weiter unter einem Schuldenberg von 1.500 Mrd. € leiden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geben Sie der nächsten Generation eine Chance. Bauen Sie die Schulden, die wir in den letzten drei Wahlperioden aufgetürmt haben, wieder ab. Wenn es vier oder fünf statt drei Legislaturperioden dauert, soll es mir recht sein. Aber setzen wir es jetzt gemeinsam um. Raum für Neues kann nur geschaffen werden, wenn auch alte Zöpfe abgeschnitten werden. Davon haben wir bislang keinen Gebrauch gemacht. Mit ihren Füßen stimmen die Bürger sehr genau ab und signalisieren, woran sie kein Interesse haben. Auch für die öffentliche Hand muss eine striktere Trennung zwischen Ausgaben, die in der Zukunft Ertrag bringen und solchen, die schön und wünschenswert, aber nicht nachhaltig sind, erfolgen.

Setzen Sie den Startschuss für einen gemeinsamen Schuldenabbau.

Nürnberg, im September 2007

Wolfgang Köhler
Stadtkämmerer

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT